

Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

1. Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges zur Haushaltskonsolidierung (Freiwilliges Haushaltssicherungskonzept), um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune mittel- und langfristig zu sichern.

Umsetzungsbericht:

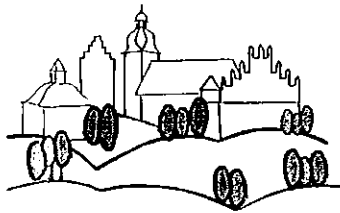
Die Verwaltung hat dem Rat der Gemeinde vorgeschlagen, zur dauerhaften Konsolidierung ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, das auf diesem Arbeitspapier basiert. Hierzu erfolgte ein einstimmiger Beschluss in der Ratssitzung am 23.05.2006.

Finanzielle Auswirkungen:

Ergeben sich aus den Einzelmaßnahmen nach diesem Konzept.

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten



Produktbereich/Betriebszweig:
54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

2. Absenkung des Allgemeininteressenanteils bei der Straßenreinigung anhand der örtlichen Begebenheiten überprüfen.

Umsetzungsbericht:

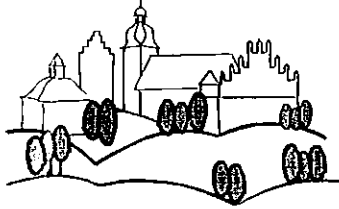
Im Haushaltsplan für 2007 wurde der Gemeindeanteil auf 20 % gesenkt. Dieser beträgt in 2007 = 59.575 €. Die Kalkulation für den Gebührenhaushalt "Straßenreinigung" ist jährlich erforderlich, so dass sich die Absolutbeträge pro Jahr verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Senkung von bisher 25 % auf 20 % ergibt sich für den Haushalt der Gemeinde für das Haushaltsjahr 2007 im Vergleich zu dem Vorjahr gar ein um 655 € höherer Absolutbetrag, da sich das Gesamtvolumen des Gebührenhaushaltes drastisch erhöht hat. Eine weitere Absenkung des Gemeindeanteils an den Straßenreinigungskosten ist nach herrschender Rechtsprechung nicht möglich. Für die künftigen Gebührenkalkulationen wird der Gemeindeanteil mit 20 % angesetzt.

Weiteres Vorgehen:

Eine weitere Ersparnis ist nicht möglich. Somit entfällt die künftige Berichtspflicht.



Produktbereich/Betriebszweig:

54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

3. Ausschreibungen im Bereich der Straßenreinigung und anderer kommunaler Aufgaben künftig regelmäßig vornehmen.

Umsetzungsbericht:

Die gemeinsame Ausschreibung der Straßenreinigung mit der Stadt Dülmen ist europaweit erfolgt. Künftige Ausschreibungen sollen ebenfalls nach den Vorgaben der „Dienstanweisung über die Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen“ erfolgen.

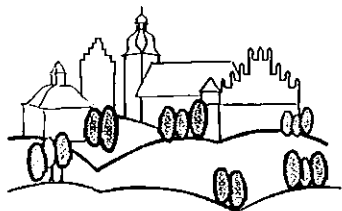
Finanzielle Auswirkungen:

Die gemeinsame Ausschreibung mit der Stadt Dülmen für den Zeitraum vom 01.01.2007 - 31.12.2011 führte zu höheren Kosten. Bis einschließlich 31.12.2006 waren an den Dienstleister jährlich 751,86 € pro Kehrmeter und Jahr zu entrichten. Ab dem 01.01.2007 beträgt der Preis 1.029 €. Darin enthalten sind aber auch die Kosten für die Entsorgung des Straßenkehrrechts sowie die Wasserkosten für die Kehrmaschinen. Insgesamt entstehen der Gemeinde Nottuln durch den neuen Dienstleistungsvertrag jährliche Mehrkosten von rund 25.000 €.

Weiteres Vorgehen:

Die Ausschreibung der Straßenreinigungsleistungen steht erst wieder zum 01.01.2012 an. Die dann erforderliche Ausschreibung sowie alle anderen Ausschreibungserfordernisse im Rahmen der Erfüllung kommunaler Aufgaben richten sich nach der bestehenden Dienstanweisung über die Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen bei der Gemeinde Nottuln. Darin sind die Wertgrenzen für ein förmliches Ausschreibungsverfahren nach VOL und VOB definiert.

Somit erübrigen sich künftige Berichte im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes.



Produktbereich/Betriebszweig:
57 Wirtschaft und Tourismus
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

4. Neukalkulation der Marktstandgelder, um eine dauerhafte Unterdeckung in diesem Bereich zu vermeiden.

Umsetzungsbericht:

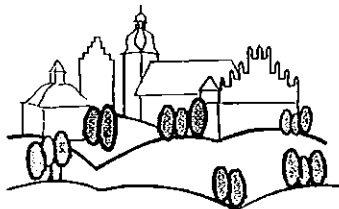
Die Auswertung der Ermittlung der Durchschnittspreise der Standgelder für den Wochenmarkt und den Kirmessen im Kreis Coesfeld ist erfolgt. Die erhobenen Standgelder für den Wochenmarkt entsprechen dem Durchschnitt. Für die September-Kirmes und den Martinimarkt wird eine Erhöhung vorgeschlagen (siehe Vorlage zur HFA-Sitzung am 21.08.2007)

Finanzielle Auswirkungen:

Mehreinnahmen von jährlich 2.000 bis 2.500 €.

Weiteres Vorgehen:

Wird am 21.08.2007 im Rahmen der HFA-Sitzung beschlossen.



Produktbereich/Betriebszweig:
57 Wirtschaft und Tourismus
Datum:
22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

5. Einengung der Befreiungstatbestände bei der Überlassung von gemeindlichen Räumen sowie Anhebung der Entgelte für die Nutzung der Gebäude Schulze-Frenkings-Hof und Alte Amtmannei an den Wochenendterminen

34. Die Suche nach einem möglichen Pächter bzw. Käufer des Gebäudes Alte Amtmannei mit Vereinbarung der Übernahme der Instandhaltungs- und Bewirtschaftungskosten sollte intensiviert werden.

26. Das vorhandene Vermögen der Gemeinde ist daraufhin zu untersuchen, inwieweit es für öffentliche Zwecke noch benötigt wird. Soweit auf anderem Wege die Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes nicht möglich und eine Veräußerung wirtschaftlich vertretbar ist, ist das Vermögen zu veräußern.

38. Es sollte geprüft werden, ob die Erhebung (ermäßigter) Gebühren für die Belegung durch Vereine im Bürgerzentrum Schulze-Frenkings-Hof und in der Alten Amtmannei in Erwägung gezogen werden kann.

Umsetzungsbericht:

Die Gemeindeverwaltung arbeitet zur Zeit an Überlegungen, den Speicher als Café fremdzuvermieten, durch eine bessere Internetpräsentation die Vermietung innerhalb der Woche zu verbessern und durch einen Exklusivvertrag mit einem Getränkelieferanten vom Getränkekonsum Provisionen abzuschöpfen.

Die vorbereitenden Arbeiten zur Installierung einer Bürgerstiftung für die Alte Amtmannei gehen langsam aber planmäßig voran. Die Abstimmung mit der Stiftungsaufsicht und der Finanzbehörde hat stattgefunden. Nach den Sommerferien 2007 soll eine Bürgerinformation stattfinden. Es wird erhofft, dass die Stiftung den Betrieb der Alten Amtmannei, sowohl im Sinn der Kulturtreibenden in der Gemeinde, als auch im Sinne einer Kostenreduzierung, übernehmen kann.

In der Vergangenheit wurden bereits mehrmals öffentliche Gebäude zur Verpachtung bzw. zum Verkauf angeboten (z. B. Alte Amtmannei, Schulze Frenkings Hof, Haus Würthen, Bahnhof Appelhülsen). Ein Verkauf bzw. Verpachtung konnte aus verschiedensten Gründen (weitere öffentliche Nutzung, Absprung von Interessenten, keine Zusammenarbeit mit Halle

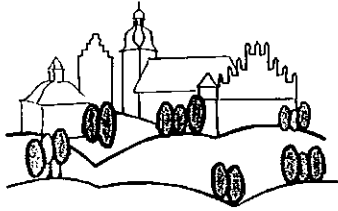
Münsterland oder Westfalenhallen möglich) nicht realisiert werden. Sollten sich neue Gesichtspunkte ergeben, werden Verpachtung oder Verkauf weiterverfolgt. Unbebaute öffentliche Flächen werden nach den Kriterien des Ratsbeschlusses vom 12.12.2006 angeboten, soweit nicht z. B. bebauungsplanrechtliche oder wasserwirtschaftliche Gründe widersprechen.

Finanzielle Auswirkungen:

Es ist damit zu rechnen, dass eine Kostenreduzierung sukzessive eintreten wird.

Weiteres Vorgehen:

Weiterer Umsetzungsbericht folgt.



Produktbereich/Betriebszweig:

42 Sportförderung

Datum:

22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Aufträge:

6. Einnahmemöglichkeiten in den Bereichen der Sportanlagen im Konsens mit den Sportvereinen zur Konsolidierung des Haushalts nutzen.

7. Verstärkte Einbeziehung der Sportvereine zur Verringerung der Unterhalts- und Bewirtschaftungsausgaben vor dem Hintergrund der enormen Förderung durch die Gemeinde

8. Die Sportvereine innerhalb der Gemeinde Nottuln erhalten Zuschüsse für die Jugendarbeit.

Zusätzlich erhalten die Sportvereine eine indirekte Förderung durch die kostenlose Überlassung der Sportanlagen einschließlich Turnhallen. Einnahmerlöse, z.B. durch Bandenwerbung, werden den Vereinen überlassen. Zudem übernimmt die Gemeinde sämtliche Unterhaltungs- und Pflegegekosten. Für die Reitervereine werden Pachtpreise für angepachtete Flächen für Reithalle und Reitplatz durch die Gemeinde übernommen bzw. gemeindliche Flächen durch Erbbaurechtsvertrag zu einem Erinnerungswert überlassen.

Umsetzungsbericht:

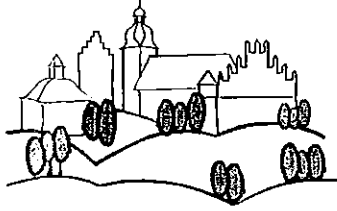
Die Sporthallengebühren sind zuletzt im Rat am 20.6.2007 diskutiert und durch eine "Pattsituation" abgelehnt worden. Inzwischen liegt ein neuer Antrag der SPD-Fraktion vor, der am 22.08.2007 im Ausschuss für Familie, Soziales, Bildung und Freizeit beraten wird. Die Verträge zur Übertragung des Pflegeaufwandes der Außensportanlagen sollen im Konsens mit den Vereinen geschlossen werden. Für das Jahr 2007 sind hierfür Einsparungen von 40.000 € einkalkuliert worden. Da die Verträge noch nicht geschlossen sind, wird die Einsparung nicht erzielt werden können.

Finanzielle Auswirkungen:

Können zur Zeit nicht beziffert werden.

Weiteres Vorgehen:

Ergibt sich aus den Beratungen am 22.08.2007 im FSBF-Ausschuss.



Produktbereich/Betriebszweig:
61 Allgemeine Finanzwirtschaft
Datum:
22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

9. Anhebung der Steuersätze bei den Grundsteuern in Erwägung ziehen.

Umsetzungsbericht:

Die Haushaltssatzung 2006 wurde mit Beschluss des Rates vom 23.05.2006 erlassen. Die Steuersätze wurden gegenüber dem Vorjahr erhöht und neu festgesetzt für die Grundsteuer A auf 214 v.H. und die Grundsteuer B auf 401 v.H..

Der Hebesatz für die Grundsteuer A wurde an den Durchschnittshebesatz von kreisangehörigen Kommunen ab 25.000 € Einwohner angepasst. Die Grundsteuer B wurde gemäß Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt aus dem Jahr 2005 um 20 Hebesatzpunkte angehoben. Die erhöhten Hebesätze wurden auch in der beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 vom 17.04.2007 festgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen:

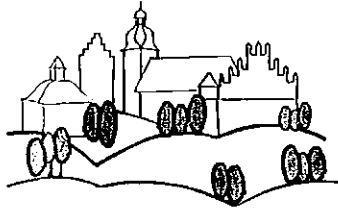
Für das Haushaltsjahr 2006 bedeutete die Erhöhung der Hebesätze folgende planerischen Ertragssteigerungen:

Grundsteuer A: + 15.000 €

Grundsteuer B: + 106.000 €

Weiteres Vorgehen:

Es wird jährlich über die Entwicklung der Hebesätze bei den umliegenden Kommunen berichtet.



Produktbereich/Betriebszweig:
61 Allgemeine Finanzwirtschaft
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

10. Prüfen, ob sich die Einnahmesituation durch die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer verbessern lässt (900 Zweitwohnsitze in der Gemeinde)

Umsetzungsbericht:

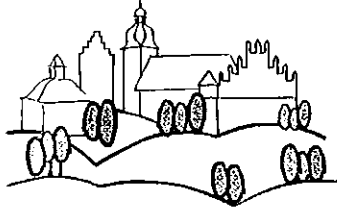
Hierzu wurden alle Einwohner, die in Nottuln mit einem zweiten Wohnsitz gemeldet sind, angeschrieben. Die Auswertung hat ergeben, dass 14 Einwohner ihren Nebenwohnsitz in den Hauptwohnsitz umgewandelt haben und der überwiegende Teil der Nebenwohnsitze abgemeldet wurde. Die verbleibende Anzahl wird sich aus verschiedenen Gründen noch weiter reduzieren, so dass mit einem Ergebnis von 100 Zweitwohnsitzen gerechnet wird. In der Vorlage zur Sitzung des HFA am 19.09.2006 wurden zur Einführung weitere notwendige Verfahrensschritte, Berechnungsmodelle und Ermäßigungstatbestände zusammengestellt mit dem Ergebnis, dass der mögliche Ertrag in keinem Verhältnis zu dem zu leistenden Aufwand steht. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 19.09.2006 beschlossen, auf die Einführung einer Zweitwohnungssteuer in Nottuln zu verzichten.

Finanzielle Auswirkungen:

Es lässt sich keine Ertragssteigerung für den gemeindlichen Haushalt realisieren.

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten.



Produktbereich/Betriebszweig:
73 Gemeindewerke -Baubetriebshof
Datum:
22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Aufträge:

11. Leistungskennzahlen für die vom Baubetriebshof durchgeführten Aufgaben erheben als Grundlage für Wirtschaftlichkeitsvergleiche und das Aufzeigen von notwendigen Effizienzsteigerungen.

12. Nach Aufbau einer den Bedürfnissen angepassten Kosten- und Leistungsrechnung und einer Analyse, die auf einem mehrjährigen Zeitraum basiert, beim Baubetriebshof sollte auf Basis dieser Daten eine Aufgabenkritik mit dem Ziel der Kostenreduzierung durchgeführt werden.

Umsetzungsbericht:

Die Beratungen und Beschlussfassungen zum Spielplatzentwicklungskonzept und zum Grünanlagenkonzept sind bereits 2006 erfolgt. Danach werden kurzfristig 3 Spielplätze geschlossen.

Die Kosten- und Leistungsrechnung wird im Jahr 2007 weiter aufgebaut. Im Prinzip handelt es sich um die ständige Fortschreibung der bewerteten Leistungen mit dem Ziel der Kostenreduzierung durch quantitative und intensitätsmäßige Anpassung der Leistungskapazität.

Finanzielle Auswirkungen:

Es können Verkaufserlöse für die 3 Spielplatzgrundstücke erzielt werden. Der Buchwert dieser Grundstücke beträgt insgesamt 78.416,25 €.

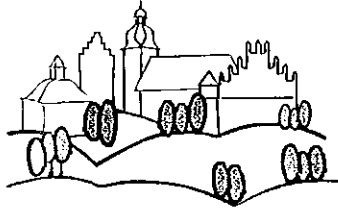
Eine Reduzierung der Unterhaltungskosten ist aufgrund der zusätzlich anstehenden Unterhaltungsarbeiten für die Spielplätze Marienschule und Fasanenfeld nicht zu erwarten.

Aus den Konzepten „ Unterhaltung Sportanlagen “ wird eine Einsparung von 40.000 € pro Jahr erwartet. Für das Grünanlagenkonzept ist eine Einsparung von 29.000 € pro Jahr veranschlagt worden.

Weiteres Vorgehen:

Das Grünanlagenkonzept befindet sich in der Umsetzung und wird bis zum Jahresende 2007 abgeschlossen sein.

Das Konzept zur Übertragung von Unterhaltungsarbeiten im Bereich der Sportanlagen wird zur Zeit in Abstimmung mit den Vereinen umgesetzt. Hier werden voraussichtlich in Kürze die ersten Vereinbarungen abgeschlossen werden können.



Produktbereich/Betriebszweig:
25 Kultur und Wissenschaft
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

13. Von den bisherigen Zielorientierungen mit subsidiärer Verantwortungsverlagerung auf ehrenamtliches Engagement im kulturellen Bereich sollte im Sinne der weiteren Haushaltskonsolidierung nicht abgewichen werden. Ausgabesteigerungen sollten in dieser Sichtweise auch zukünftig vermieden werden.

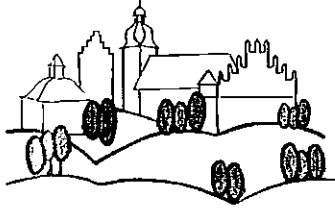
Umsetzungsbericht:

Hierzu wird auf die Stellungnahmen zu den Punkten 5 und 34 verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten



Produktbereich/Betriebszweig:
25 Kultur und Wissenschaft
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

14. Im Bereich der Erwachsenenbildung sollte Optimierungspotential im Benehmen mit den beteiligten Kommunen geprüft werden.

Umsetzungsbericht:

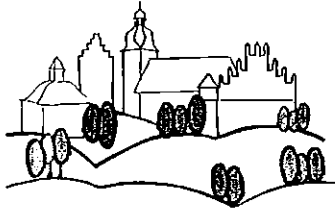
In Abstimmung mit der Verwaltung wird die VHS Coesfeld ihre Bemühungen, mehr Teilnehmer aus Nottuln zu akquirieren und damit den Zuschuss zu reduzieren, verstärken. Nicht zuletzt die Maßnahme, einen festen Ansprechpartner zur Beratung von Ort zu installieren, soll einen Akzeptanzgewinn für die VHS bringen und dafür sorgen, durch Erhöhung der Teilnehmerzahl an Veranstaltungen den jährlichen gemeindlichen Zuschuss zu reduzieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Finanzplanungszeitraum ist ein Zuschuss von 20.000 € p.a. vorgesehen. Es wird mittelfristig eine Zuschussreduzierung um 20 % (= 4.000 €) angestrebt.

Weiteres Vorgehen:

Im weiteren Gesprächen mit der VHS und den beteiligten Kommunen sind darüber hinausgehende Einsparmaßnahmen zu erarbeiten.



Produktbereich/Betriebszweig:
61 Allgemeine Finanzwirtschaft
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

15. Der Ausgabenanstieg soll bis zur Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs deutlich unter den landesweiten Orientierungsdaten bleiben.

Umsetzungsbericht:

Der Ausgabenanstieg gemäß den Orientierungsdaten ist für 2007 mit 1,7 % sowie für die Folgejahre mit je 1,4 % angegeben. Durch den landesweiten Konsolidierungsdruck wird allerdings ein durchschnittliches jährliches Ausgabenwachstum von maximal 1 % empfohlen.

Die ordentlichen Aufwendungen (ohne Abschreibungen) der Nottulner Ergebnispläne sind von 2006 nach 2007 um 2,52% und von 2007 nach 2008 um 1,56 % gestiegen.

Der Ausgabenanstieg zum Jahr 2007 erfolgt allerdings nur im Bereich der Transferaufwendungen und hier in der festgesetzten Kreisumlage, die einen um rund eine Million Euro höheren Planwert ausweist. Grund hierfür wiederum ist, dass im Jahr 2007 in den Transferaufwendungen auch 50% der Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft aus dem Bereich SGB II enthalten sind. Im Jahr 2006 wurden diese zu 100 % unter Sach- und Dienstleistungen ausgewiesen.

Die Steigerung im Jahr 2008 ist bedingt durch geplante Grundstücksverkäufe, die durch die Buchung als Anlagenabgang - bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen - ihren Niederschlag finden (eine zukünftige "Bereinigung" der ordentlichen Aufwendungen um diese Anlagenabgänge scheint vor diesem Hintergrund sinnvoll zu sein, um eine bessere Vergleichbarkeit der laufenden Aufwendungen zu erzielen; es wäre zudem wünschenswert, wenn die Orientierungsdaten des Landes den Erfordernissen des NKF angepasst würden).

Die Einhaltung des Ausgabenanstiegs im Rahmen der Orientierungsdaten konnte somit für die Haushaltsplanung 2007 nicht eingehalten werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Ordentliche Aufwendungen (ohne Abschreibungen)

2006: 22.816.953 €

2007: 23.392.171 € - Anstieg um 2,52 % bzw. 574.987 €

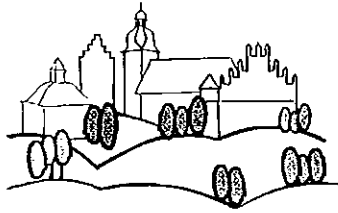
2008: 23.756.156 € - Anstieg um 1,56 % bzw. 355.561 €

2009: 23.730.529 € - Reduzierung um -0,1 % bzw. -23.756 €

2010: 23.954.030 € - Anstieg um 0,95 % bzw. 225.440 €

Weiteres Vorgehen:

Für die Haushaltsplanung 2008 ff sollen die Orientierungsdaten wieder eingehalten werden.



Produktbereich/Betriebszweig:
61 Allgemeine Finanzwirtschaft
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Aufträge:

16. Eine Nettoneuverschuldung ist möglichst zu vermeiden.

17. Die Zinsbelastung ist so gering wie möglich zu halten.

Umsetzungsbericht:

Die Haushaltsplanung 2007 - 2010 beinhaltet neue Kreditaufnahmen. Für das Jahr 2008 ist ein Kredit in Höhe von 777.748 € und für das Jahr 2009 in Höhe von 421.791 € veranschlagt worden.

Zur Absicherung der Liquidität wird es auch künftig notwendig sein, für Investitionen Kredite in maximaler Höhe zu veranschlagen.

In der Ratssitzung am 20.06.2007 wurden der Beschluss gefasst, dass der 3. und 4. Bauabschnitt im Baugebiet Appelhülsen-Nord II aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht erschlossen wird. Dies führt zur Abwertung des Grund und Bodens in den Bilanzen der GIGmbH sowie der Gemeinde Nottuln. Der sich daraus ergebende Verlust für die GIGmbH wird derzeit (Ende Juni 2007) auf rund 5,38 Mio. € und der bilanzielle Verlust für die Gemeinde auf rund 1,5 Mio. € beziffert. Hierdurch ergeben sich erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen für die Gemeindeverwaltung. In diesem Zusammenhang hat eine Hochrechnung der Kommunalhaushalte bis zum Jahr 2035 ergeben, dass neben Investitionskrediten auch Liquiditätskredite erforderlich werden.

Im Jahre 2005 hat die Verwaltung ihr Zinsmanagement optimiert und mit einem örtlichen Geldinstitut langfristige zinsreduzierende Maßnahmen realisiert.

Es handelt sich um Vereinbarungen für vier Darlehen deren Zinsfestschreibungen im Zeitraum 31.10.2007 bis 30.05.2011 enden. Der bisherige Zinssatz hierfür betrug bis zu 5,37 %.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Kreditaufnahmen entstehen ab dem Jahr 2008 weitere Aufwendungen für Zinsen und Auszahlungen für Zins- und Tilgungsleistungen.

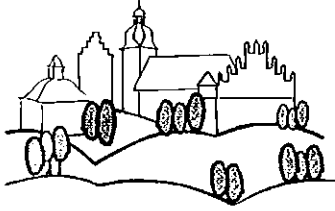
Die Ergebnis- und Finanzplanvorschaurechnung bis zum Jahr 2035 weist nach der Berechnung vom 18.06.2007 ein Bedarf an Liquiditätskrediten bis zu 2 Mio. € in den Jahren 2012 - 2016 aus. Hierdurch entstehen zusätzliche Zinslasten von 615 T€ in den Jahren 2012 - 2020.

Durch Reduzierung des Zinsaufwandes aus "Doppelswaps" für zwei Darlehen beträgt die Einsparung vom 30.09.05 bis 30.08.08 = 45.682 €. Für alle vier Darlehen konnte eine Zinsfestschreibung bis zum Auslauf im Jahre 2034, im günstigsten Fall mit einem Zinssatz von 4,0 %, vereinbart werden. Zinserhöhungen sind bis zum Ende der vereinbarten Laufzeit ausgeschlossen.

Weiteres Vorgehen:

Die Vermeidung der Nettoneuverschuldung ist im Hinblick auf eine nachhaltige Finanzpolitik unabdingbar.

Das Zinsmanagement ist laufende Aufgabe des Bereiches Finanzen. Eine Fortschreibung des Arbeitsauftrages im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes ist entbehrlich wegen des bestehenden Arbeitsauftrag Nr. 16.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

18. Abbau/Einschränkung von Überstunden und Bereitschaftsdiensten.

Umsetzungsbericht:

1. Abbau von Mehrarbeitsstunden

Bis zum 31.12.2007 werden die Gleitzeitkontenguthaben bei Vollbeschäftigten von 100 auf maximal 40 Stunden und für Teilzeitbeschäftigte von 50 auf 20 Stunden reduziert.

2. Rufbereitschaft Ordnungswesen

Die Umfrage in den kreisangehörigen Kommunen hat ergeben, dass die meisten eine sog. Rufbereitschaft für den Bereich Ordnungswesen eingerichtet haben. In der Regel wird die Rufbereitschaft von den Kollegen wahrgenommen, die auch im Bereich Ordnungswesen beschäftigt sind. Die ggfs. anfallenden Einsatzzeiten während der Rufbereitschaft werden nach den tarif- und besoldungsrechtlichen Vorgaben bezahlt, wenn die Stunden nicht abgefeiert werden können.

Die Gemeinde Nottuln hat als örtliche Ordnungsbehörde gem. § 1 des Gesetzes über den Aufbau und die Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Die Erledigung dieser Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung ist auch außerhalb der regelmäßigen Dienstzeiten der Gemeindebediensteten durch Einrichtung einer Rufbereitschaft sicherzustellen. Die Möglichkeit, auf die Einrichtung einer Rufbereitschaft zu verzichten, besteht demnach nicht.

In Nottuln ist die Rufbereitschaft über eine Dienstanweisung geregelt. Einbezogen werden neben den Beschäftigten des Ordnungswesens auch alle Beschäftigten, die dem gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst zuzurechnen sind. Die Bezahlung richtet sich nach § 8 Abs. 3 TVöD bzw. nach § 78 Abs. 2 LBG. Diese tarif- und besoldungsrechtliche Vergütungsansprüche können nicht eingeschränkt werden.

Optimierungsmöglichkeit bei der Rufbereitschaft wird nicht gesehen.

Finanzielle Auswirkungen:

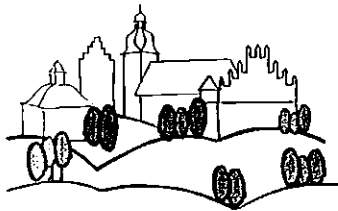
Im Rahmen des Jahresabschlusses 2005 ist eine Rückstellung für geleistete Mehrarbeitsstunden von 107.956,17 € gebildet worden. Für den Jahresabschluss 2006 beträgt der Wert nach derzeitigem Kenntnisstand 94.340,12 €.

Für die Rufbereitschaft sind im Jahr 2005 14.246 € an Personalaufwendungen entstanden, im Jahr 2006 18.441 € (Hinweis: die Regelungen im TVöD bedingen einen höheren Entgeltanspruch für die tariflich Beschäftigten).

Weiteres Vorgehen:

Die Aufgabenstellung bzgl. des Abbaus von Mehrarbeitsstunden entfällt in den künftigen Konsolidierungsberichten.

Über die Aufgaben der Rufbereitschaft wird in einer der nächsten Sitzungen berichtet.



Produktbereich/Betriebszweig:
73 Gemeindewerke -Baubetriebshof
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

19. Im Einzelfall sind gemeindliche Einrichtungen wie zum Beispiel Altenheime, Bäder, Sporthallen (nicht für den Schulsport benötigte Hallen), Park- und Gartenanlagen usw. völlig aufzugeben.

Umsetzungsbericht:

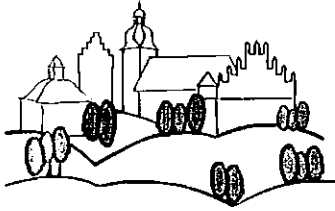
An eine Aufgabe bzw. Schließung der Bäder, Sporthallen etc. ist derzeit nicht gedacht. Die Verwaltung hat dem Rat eine Reduzierung der Kinderspielplätze vorgeschlagen. Ein hierfür erarbeitetes Spielplatzentwicklungskonzept wurde im Ausschuss für Familie, Soziales, Bildung und Freizeit am 26.09.2006 beraten. Eine weitere Beratung ist am 25.10.2006 im Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen erfolgt. Danach sollen in einem ersten Schritt drei Spielplätze kurzfristig geschlossen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Eine Reduzierung der Unterhaltungskosten ist auf Grund der zusätzlich anstehenden Unterhaltungsarbeiten für die Spielplätze Marienschule und Fasanenfeld nicht zu erwarten.

Weiteres Vorgehen:

Es wird über den Stand des Verfahrens weiter berichtet.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

20. Bei den pflichtigen Aufgaben sind alle Möglichkeiten einer Kostenreduzierung auszuschöpfen. Bei Art und Umfang und Ermessensausübung der Aufgabenwahrnehmung sind die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verstärkt zu berücksichtigen. Gesetzliche Ansprüche sind mit dem Ziel zu überprüfen, sie auf kostengünstige Weise zu erfüllen. Dazu gehören auch Kooperationen mit anderen Kommunen in pflichtigen Bereichen wie Brandschutz usw.

Umsetzungsbericht:

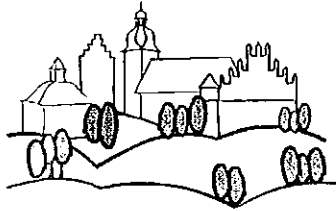
Zur Kostenreduzierung wird eine interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden angestrebt. Für den Bereich Finanzbuchhaltung und Vollstreckung steht die Gemeinde Nottuln mit der Gemeinde Havixbeck in konkreten Verhandlungen. Die Gemeindeprüfungsanstalt in Herne wird hierzu eine Kosten/Nutzen-Analyse erstellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Erstellung der Kosten-Nutzen-Analyse durch die GPA wird Kosten von ca. 7.200 € betragen. Durch die angestrebte Zusammenarbeit wird aber mittelfristig eine Einsparung erwartet.

Weiteres Vorgehen:

Der Bericht der GPA soll bis zum 31.12.2007 vorliegen.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

21. Freiwillige Leistungen sind in vertretbarer Weise zu reduzieren. Vorhandene freiwillige Leistungen, die nicht aufgegeben/privatisiert werden sollen, sind auf Kostenreduzierung durch ein verstärktes Bürgerengagement zu prüfen (z. B. Bewirtschaftung von Bürgerhäusern durch Vereine).

Umsetzungsbericht:

Hierzu siehe Stellungnahmen zu Pkt. 5 und Pkt. 34

Im Haushalt 2007 sind folgende freiwillige Zuschüsse dargestellt:

- 750 € Wochenenddienst Verkehrsbüro
- 750 € Denkmalschutz
- 753 € Schuldnerberatung
- 1.800 € Gemeindehauptübung Feuerwehr
- 2.160 € Kameradschaftskassen der Feuerwehr
- 2.000 € Kunst- und Kulturverein
- 2.500 € Büchereien / Kriegergedächtnisstätten
- 3.500 € Mietkosten A&QUA
- 4.000 € Städtepartnerschaften
- 5.000 € Musikagentur Nottuln
- 5.000 € Sozialfond zur Unterstützung Musikschüler
- 6.230 € Zuschüsse Kulturförderrichtlinien
- 7.200 € Offene Ganztagsgrundschule
- 16.600 € Friedhofserweiterung Appelhülsen
- 38.500 € Reit- und Sportvereine
- 80.000 € Realschule
- 88.060 € Schule acht bis eins
- 144.060 € Jugendarbeit Nottuln
- 432.600 € Betriebskostenzuschüsse Kindergärten

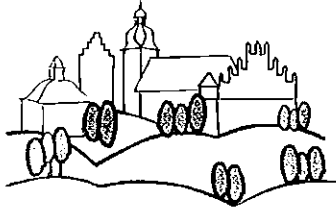
841.463 € Gesamt

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2007 sind freiwillige Zuschüsse in Höhe von 841.463 € ausgewiesen.

Weiteres Vorgehen:

Ob die freiwilligen Zuschüsse auch in den kommenden Jahren gezahlt werden, müssen die politischen Gremien im Rahmen der Haushaltsberatungen 2008 entscheiden.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

22. Während des Konsolidierungszeitraumes soll sich die Kommune im Grundsatz nicht vertraglich zu freiwilligen Leistungen verpflichten. Als freiwillig sind auch Erstattungen, Zuschüsse etc. anzusehen, im Rahmen pflichtiger Aufgaben über die rechtlich festgelegten Leistungen hinaus gewährt werden.

Umsetzungsbericht:

Trotz des am 23.05.2006 vom Rat einstimmig beschlossenen Freiwilligen Konsolidierungskonzeptes hat sich die Gemeinde zu weiteren kostenverursachenden freiwilligen Leistungen verpflichtet. Hierzu zählen u.a. die

Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschule zum Schuljahr 2006/2007, Beschluss vom 04.04.2006, jährlich 7.200 €

Einrichtung eines Bürgerbusses, Beschluss vom 23.05.2006, jährlich 8.000 € im lfd. Betrieb;

Finanzierungszusage Radweg Dülmener Straße, Beschluss vom 31.10.2006, 100.000 €;

Entwicklung eines Leitbildes für die Gemeinde Nottuln, Beschluss vom 31.10.2006

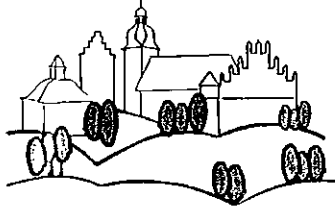
Zuschuss Übernahme der Kosten für Schulbücher Hartz IV, Beschluss vom 20.06.2006 und vom 20.06.2007;

Gründung einer Infrastrukturgesellschaft, Beschluss vom 20.06.2007, 1.500 €

Finanzielle Auswirkungen:

Weiteres Vorgehen:

Der Auftrag, dass während des Konsolidierungszeitraumes keine weiteren freiwilligen Leistungen von der Kommune übernommen werden, wird beachtet.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

23. Der Zuschussbedarf der kostenrechnenden Einrichtungen ist konsequent durch Ausgabenreduzierung und/oder Einnahmeerhöhungen zu begrenzen. In den klassischen Gebührenhaushalten dürfen keine Unterdeckungen entstehen. Dabei müssen sich die Kalkulationsgrundlagen an den betriebswirtschaftlich und rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausrichten.

Umsetzungsbericht:

Der Fachbereich Zentrale Dienste ist verantwortlich für zwei Gebührenhaushalte:

1. Abfallgebühren
2. Straßenreinigungsgebühren

Alle Gebührenhaushalte werden jährlich kalkuliert. Gem. § 43 Abs. 6 GemHVO und § 6 KAG müssen Kostenunterdeckungen durch folgende Kalkulationen aufgefangen werden bzw. Kostenüberdeckung in künftige Kalkulationen wieder einfließen. Hierzu steht jeweils ein Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung.

Zu den Straßenreinigungsgebühren vgl. auch Ziffer 2 des Konsolidierungsprogrammes.

Finanzielle Auswirkungen:

Abfallgebühren 2006:

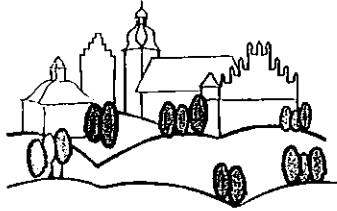
- * geplante Entnahme in Höhe von 96.703 €
- * tatsächliche Entnahme (vorläufiges Jahresabschlussergebnis 2006) aus dem Sonderposten in Höhe von 88.912,78 €
- (=> Bestand zum 31.12.2006: 173.211,41 €)

Straßenreinigungsgebühren:

- * tatsächliche Kostenunterdeckung in 2004 in Höhe von 8.282,72 €
- * tatsächliche Kostenunterdeckung in 2005 in Höhe von 31.339,81 €
- * 2006 - geplante Kostenüberdeckung in Höhe von 16.000 €
- * 2006 - tatsächliche Kostenüberdeckung (vorläufiges Jahresabschlussergebnis 2006) in Höhe von 25.670,59 € (somit noch bestehende Kostenunterdeckung zum 31.12.2006: 13.951,94 €)

Weiteres Vorgehen:

Die jährliche Kalkulation der Gebühren gehört zum laufenden Geschäft der Verwaltung. Eine Fortschreibung des Arbeitsauftrages im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes erübrigt sich somit.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

24. Die Konsolidierung muss auch alle Beteiligungen der Gemeinde einbeziehen. Auf die Beteiligungen sind die Maßstäbe der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden konsequent anzuwenden. Die Möglichkeit zur Zuschussreduzierung bzw. zur Erzielung angemessener Gewinne für den kommunalen Haushalt sind bei der Aufgabenwahrnehmung, der Preisgestaltung und der Bilanzierung auszuschöpfen. Der gesamte Zuschussbedarf im Haushalt für alle Beteiligungen muss im Konsolidierungszeitraum schrittweise reduziert werden.

Umsetzungsbericht:

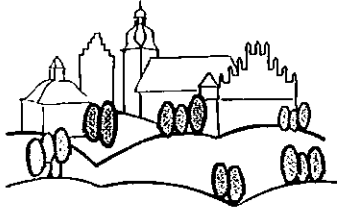
Ist umgesetzt für 2006.

Finanzielle Auswirkungen:

Es ist für die Aufgabenwahrnehmung der Gemeindewerke keine Zuschussgewährung erfolgt. Im Gegensatz hierzu erfolgte für den Baubetriebshof eine Gewinnablieferung in Höhe von 12.876,91 €, für das Abwasserwerk in Höhe von 16.282,10 € aus 2005. Vom Wasserwerk wurde eine Konzessionsabgabe für 2006 in Höhe von 184.554,69 € durch die Gemeinde vereinnahmt.

Weiteres Vorgehen:

Entfällt bei künftigen Berichten.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

25. Deckungsreserven für über- und außerplanmäßige Ausgaben dürfen nicht ausgewiesen werden (gibt es in der Doppik nicht mehr). Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die sich nicht umgehen lassen, müssen durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden.

Umsetzungsbericht:

Im NKF gibt es keine Deckungsreserven. Für bereits begonnene Investitionsmaßnahmen können aus dem Vorjahr sog. Ermächtigungsübertragungen in das Folgejahr ausgesprochen werden. Dies erfolgt jeweils zu Beginn eines neuen Kalenderjahres und wird dem Rat gem. § 22 Abs. 4 GemHVO vorgelegt.

Die Haushaltssatzung der Gemeinde, die jährlich vom Rat beschlossen wird, enthält Regelungen zur Bildung von Budgets gem. § 21 GemHVO. Innerhalb dieser Budgets sind die Finanzmittel flexibel einsetzbar. Wenn die Budgets zur Deckung von unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Ausgaben nicht ausreichen und die in § 7 Nr. III der Haushaltssatzung definierten Wertgrenzen übersteigen, ist die Zustimmung des Rates erforderlich.

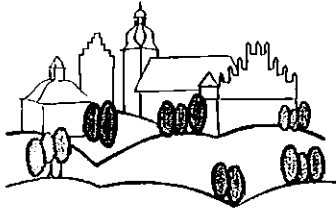
Somit gehört es zur laufenden Verwaltungspraxis, dass über- und außerplanmäßige Ausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen bei Deckungen innerhalb des Budgets.

Weiteres Vorgehen:

Ein Bericht ist im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes wegen des in der Haushaltssatzung klar definierten Verfahrens nicht erforderlich.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

27. Es sollte versucht werden, die gemeindeeigenen Gebäude (falls nicht mehr benötigt), wie z.B. Bahnhofsgebäude Appelhülsen zu marktüblichen Preisen zu verkaufen.

28. Es sollte überlegt werden, das "Haus Würthen", Marienplatz 17, das der Kath. Kirchengemeinde Appelhülsen als Altenbegegnungsstätte mietfrei zur Verfügung gestellt wird, zu verkaufen. Die Vereinbarung könnte gekündigt werden und die Altenbegegnungsstätte könnte eventuell in dem Gebäude Marienplatz 11 ("Haus Panama"), welches der Kath. Kirchengemeinde bis zum 31.12.2011 mietfrei überlassen wird, mit untergebracht werden.

Umsetzungsbericht:

Das Bahnhofsgebäude Appelhülsen ist in Folge des Sturms Kyrill abgerissen worden.

Neben den Verwaltungsgebäuden und den Gebäuden für die Grundschulen, die Hauptschule und das Gymnasium befinden sich weitere Gebäude im Besitz der Gemeinde Nottuln.

Im Bericht der Gruppe Haushaltskonsolidierung vom 16.10.2000 wurde unter anderen der Verkauf der Gebäude Feuerwehrhaus Darup, Feuerwehrhaus Schapdetten und Marienplatz 17 vorgeschlagen. Angesprochen wurde auch das Gebäude Marienplatz 11, welches der Kath. Kirchengemeinde Appelhülsen bis zum 31.12.2011 mietfrei überlassen wird.

Mit Schreiben vom 07.08.2002 wurde das Haus Würthen der Kath. Kirchengemeinde Appelhülsen zum Kauf angeboten. Mit Schreiben vom 19.09.2002 teilt diese mit, dass sie auch wegen der schwierigen Finanzsituation keine Möglichkeit sieht, auf das Angebot einzugehen.

Im Eigentum der Gemeinde befinden sich weitere Gebäude, die unter Umständen zu veräußern sein könnten:

Gebäudebezeichnung	Grund + Boden	Gebäude	Gesamt
Feuerwehr Nottuln	200.144	704.769	904.913
Feuerwehr Appelhülsen	68.480	238.110	306.590
Feuerwehr Darup	61.614	31.226	92.840
Feuerwehr Schapdetten	16.470	7.269	23.739
Wohnhaus Hovestadt 22	41.712	137.489	179.201
Leichenhalle Appelhülsen	33.768	22.291	56.059
Leichenhalle Darup	41.040	13.358	54.398
Jugendbegegnung Appelhülsen	11.886	227.075	288.961
Altenbegegnung Appelhülsen	12.096	242.707	254.803
DRK-DLRG-Heim	24.752	204.807	229.559
Reithalle Appelhülsen	356.286	1.106.577	1.462.863
KOT-Heim Nottuln	153.994	340.631	494.625
Alte Amtmannei	16.280	289.242	305.522
Stiftsmühle	20.720	190.521	211.241
Bürgerzentrum Schulze Frenking	6.184	822.615	908.799
Umkleide DJK Vereinsheim	123.300	362.876	486.176
Umkleide Appelhülsen	33.040	221.561	254.601
Umkleide Darup	259.556	292.171	551.727
Umkleide Schapdetten	13.392	233.001	246.393

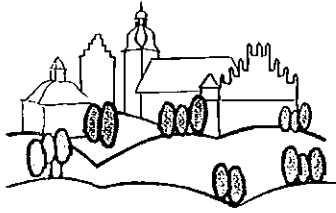
Finanzielle Auswirkungen:

Können nur je Einzelfall beziffert werden.

Weiteres Vorgehen:

Der Verkauf des Haus Würthen soll forciert werden.

Es wird weiter berichtet.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

29. Es sollte überprüft werden, welche Immobilien weiterhin benötigt werden. Bei länger laufenden Mietverträgen sollte versucht werden, eine Mietsenkung zu erreichen. Auf Ankauf bzw. Anmietung weiterer Gebäude sollte auf jeden Fall verzichtet werden.

43. Konsumtive Aufwendungen für Mieten der Verwaltungsgebäude sind durch investive Maßnahmen bzw. durch Nutzung freier gemeindlicher Raumkapazitäten abzulösen.

Umsetzungsbericht:

Angemietete Gebäude sind:

1. Stiftsplatz 11 für die Verwaltung; Mietvertrag bis 15.12.2009
2. Dülmener Str. 5-7 (13 Wohneinheiten) für die Unterbringung Obdachloser und andere, Mietvertrag bis 28.10.2010
3. Eckenhovener Weg 31 und 33 (je 14 Wohneinheiten) f.dto.; Mietverträge bis 31.12.2011

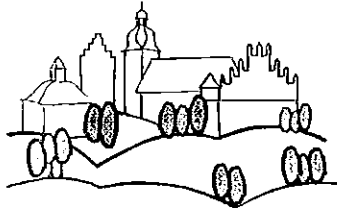
Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation kann eine Aufgabe der angemieteten Räumlichkeiten zur Unterbringung des Fachbereiches 2 nicht wirtschaftlich dargestellt werden. Ein Neubau bzw. Erweiterungsbau würde höhere jährliche Verbindlichkeiten verursachen als die Miete, die derzeit gezahlt wird. Es wird allerdings angestrebt, den Mietzins in Verhandlungen zu reduzieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Eine Aussage zu den finanziellen Auswirkungen kann erst nach Abschluss der Gespräche mit dem Vermieter getroffen werden.

Weiteres Vorgehen:

Rechtzeitig vor Ablauf der Mietverträge wird die Notwendigkeit der weiteren Anmietung geprüft und ggfs. Gespräche über die Verlängerung der Mietverträge geführt.



Produktbereich/Betriebszweig:
12 Sicherheit und Ordnung
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

30. Es ist zu überlegen, ob die Feuerwehrrhäuser in Darup und Schapdetten aufgegeben werden können und ob Kooperationen zwischen Nottuln und Darup sowie Appelhülsen und Schapdetten zu realisieren sind. Neben den Einsparungen der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten könnten Einnahmen aus dem Verkauf der Gebäude erzielt werden.

Umsetzungsbericht:

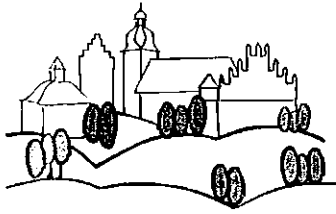
Hierzu erfolgten in den Haushaltsplanberatungen 2006 politische Aussagen. Im Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen haben sich in der Sitzung am 29.03.2006 sämtliche Fraktionen für den Erhalt der Feuerwehrrhäuser ausgesprochen. Im Gegensatz zu den Überlegungen wurde eine Renovierung und Erweiterung des Feuerwehrrhauses Schapdetten beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Bewirtschaftungskosten für die Feuerwehrrhäuser Darup und Schapdetten sind für das Haushaltsjahr 2007 mit 34.700 € veranschlagt. Der Buchwert beider Häuser zum 31.12.2006 beträgt insgesamt 116.579 €.

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

31. Im Rahmen der Konsolidierung ist es nicht vertretbar, große "Schattenhaushalte" neben dem laufenden Haushaltsplan zu bewirtschaften. Der Rat muss vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich schlechteren Finanzlage auch bereits früher anfinanzierte Projekte (Investitionen), für die Ausgabereste (jetzt: Ermächtigungsübertragung) gebildet wurden, erneut auf den Prüfstand stellen. Gegebenenfalls ist auf eine weitere Realisierung zu verzichten oder die Bildung selbstständig nutzungsfähiger kleinerer Abschnitte vorzusehen bei zeitlicher Aufschiebung anderer Abschnitte.

Umsetzungsbericht:

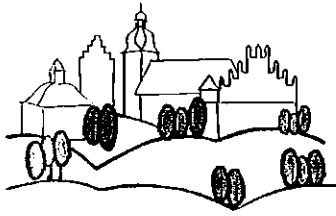
Gem. § 22 Abs. 4 GemHVO ist dem Rat eine Übersicht der Ermächtigungsübertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen. Die gesetzliche Vorgabe wird regelmäßig zu Beginn eines neuen Kalenderjahres von Seiten der Gemeindeverwaltung erfüllt.

Finanzielle Auswirkungen:

Ermächtigungsübertragungen
von 2005 nach 2006 in Höhe von 752.541,84 € und
von 2006 nach 2007 in Höhe von 630.573,53 €

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

32. Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurück zu stellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht. Ersparte Ausgabereste sind abzusetzen (gibt es in der Doppik nicht mehr). Die Haushaltsresteliste (jetzt: Ermächtigungsübertragungsliste) ist dem Rat zur Beschlussfassung über die Verwendung der Haushaltsreste vorzulegen.

Umsetzungsbericht:

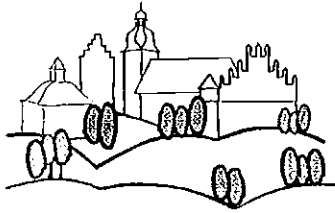
Im Rahmen der sog. vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO dürfen insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsleistungen, für die im Haushaltsplan des Vorjahres Finanzpositiven oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren, fortgesetzt werden.

vgl. auch Nr. 31 bzgl. der Ermächtigungsübertragungen

Finanzielle Auswirkungen:

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

33. Mehreinnahmen, die gegebenenfalls bei der Ausführung des Haushaltsplanes gegenüber den Ansätzen bei den kommunalen Steuern, den allgemeinen Landeszuweisungen und Erwerbseinnahmen des Verwaltungshaushaltes (jetzt: weiteren Erträgen des Ergebnisplans) entstehen, sind zur Reduzierung des Fehlbedarfs einsetzen, sofern nicht im Einzelfall eine andere Vorgehensweise beschlossen wird.

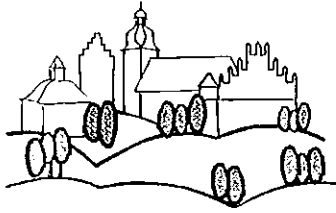
Umsetzungsbericht:

Wird in Nottuln so praktiziert.

Finanzielle Auswirkungen:

Weiteres Vorgehen:

Über diesen Punkt wird im Rahmen der Finanzberichte zu den Stichtagen 30.06. und 30.09. berichtet.



Produktbereich/Betriebszweig:

52 Bauen und Wohnen

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

35. Es ist zu prüfen, ob die Naturschutzausgleichsflächen, die in den Baugebieten ausgewiesen werden müssen, unter entsprechenden Auflagen und entsprechendem Preisnachlass zusammen mit dem Hauptgrundstück an die Grundstückserwerber verkauft werden können, damit die Herrichtung und der laufende Pflegeaufwand entfallen können.

Umsetzungsbericht:

Bei Neuplanungen wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht

- a) außerhalb der Plangebiete den Grünausgleich zu schaffen
- b) die vermarktbaren Nettobaulandflächen dadurch zu erhöhen.

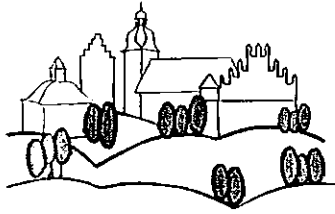
Außerdem werden Ausgleichsvarianten gewählt, die keine oder nur möglichst geringe Folgekosten verursachen. So. z.B. schon beim Rhodeplatz erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die anfallenden Ersparnisse können nur im Einzelfall dargestellt werden.

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten



Produktbereich/Betriebszweig:

51 Räuml. Planung und Entwicklung, Geoinf.

Datum:

22.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

36. Es sollte jeweils geprüft werden, ob Planungsaufgaben, die hausintern abgearbeitet werden können, extern vergeben werden müssen.

Umsetzungsbericht:

Die Bauleitverfahren für die Gewerbegebiete Wellstraße, Beisenbusch und die Fortsetzung der Oststraße werden von der Verwaltung abgearbeitet. Gleiches gilt für kleinere Bebauungsplanänderungen.

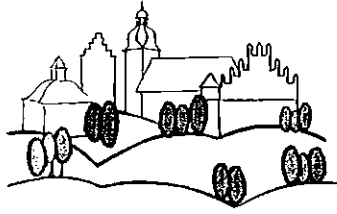
Das Personalkonzept sieht vor, die personelle Ausstattung im Bereich Planung so zu optimieren, dass die Planungsaufgaben i.d.R. hausintern erfolgen können.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Planung des Gewerbegebietes Beisenbusch würde von einem Unternehmer erstellt voraussichtlich 70 - 80.000 € kosten.

Weiteres Vorgehen:

Es wird künftig einmal jährlich darüber berichtet, bei welchen Planungsaufgaben sich die Verwaltung für eine interne bzw. externe Aufgabenerledigung entschieden hat.



Produktbereich/Betriebszweig:

51 Räuml. Planung und Entwicklung, Geoinf.

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

37. Bei Aufstellung von Bebauungsplänen sollte untersucht werden, ob die Renaturierungsflächen nicht auf anderen gemeindlichen Flächen angelegt werden können, so dass die Flächenausnutzung innerhalb der Baugebiete größer ist (Nettobaulandfläche). Falls keine gemeindlichen Flächen zur Verfügung stehen, können eventuell landwirtschaftliche Flächen zu einem günstigen Preis erworben werden.

Umsetzungsbericht:

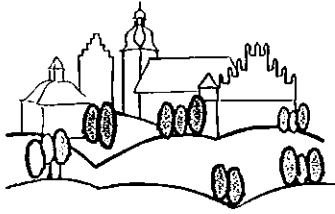
Aufgrund der Gesetzgebung können bereits zum jetzigen Zeitpunkt Renaturierungsflächen außerhalb der Bebauungsflächen festgelegt werden. Bei der Aufstellung des nächsten Bebauungsplanes wird so verfahren.
Siehe hierzu auch die Stellungnahme zu Pkt. 35.

Finanzielle Auswirkungen:

Können nur im konkreten Einzelfall beziffert werden.

Weiteres Vorgehen:

Entfällt bei künftigen Berichten



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

39. Es sollte überlegt werden, die Vergaberichtlinien für Grundstücksbewerber zu überarbeiten mit dem Ziel der schnelleren Vergabe und Erzielung der Kaufpreise sowie geringerer Zinsaufwendungen.

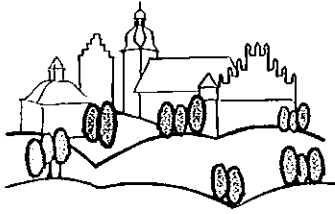
Umsetzungsbericht:

Auf sogenannte Richtlinien für die Vergabe von Grundstücken an interessierte Bürgerinnen und Bürger wird schon seit geraumer Zeit verzichtet, da die Nachfrage das Angebot unterschreitet.

Finanzielle Auswirkungen:

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

40. Die Post- und Fernmeldegebühren sollen reduziert werden. Insbesondere sollte darauf geachtet werden, die günstigste Versandart (z. B. kleine Briefumschläge) zu benutzen.

Umsetzungsbericht:

Seit August 2005 wird die Zustellung der Post durch Brief Direkt vorgenommen. Hierdurch konnten die Postgebühren bereits reduziert werden. Bzgl. der Fernmeldegebühren werden regelmäßige Anfragen der Konditionen bei Providern gestartet. Ein erneuter Wechsel des Anbieters mit günstigeren Konditionen erfolgte im Februar 2006.

Mit der Beschlussvorlage 059/2009 wurde dem HFA am 13.06.2007 über die Erfahrungen mit dem privaten Zustelldienstleister Brief Direkt informiert. Seit August 2005 hat aus Sicht der Gemeindebediensteten die Zustellqualität gegenüber der Post AG nach gelassen, hat aber zu finanziellen Einsparungen geführt. Nach Wegfall des Briefmonopols zum 01.01.2008 erfolgt eine erneute Gegenüberstellung der Kosten.

Bzgl. der Telefongebühren erfolgt mehrmals im Jahr ein Abgleich der Konditionen bei den unterschiedlichen Anbietern. Die letzte Überprüfung erfolgte im Februar 2007. Derzeit sind Einsparungen im Telefonbereich nicht zu erzielen.

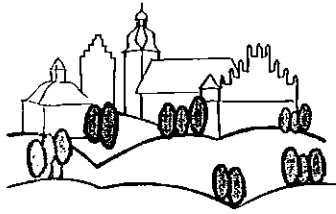
Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Beauftragung von Brief Direkt werden jährlich rund 9.500 € eingespart, darin sind 6.350 € an Portoaufwendungen enthalten. Die weitere Einsparung ergibt sich durch einen geringeren Personalaufwand für den Bereich Postabwicklung.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden je ca. 11.500 € an Fernmeldegebühren entrichtet. In etwa gleicher Höhe werden sich die Aufwendungen in 2007 bewegen.

Weiteres Vorgehen:

Die Post- und Fernmeldegebühren werden bzgl. der Preisentwicklung weiterhin beobachtet. Darüber hinaus wird versucht, durch einen Wechsel zu anderen und günstigeren Dienstleistern die Kosten zu senken.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

41. Es sollte untersucht werden, welche Einsparungen durch die Veränderung von Reinigungsintervallen in öffentlichen Gebäuden (Verwaltung, Schulen etc.) zu erzielen sind.

Umsetzungsbericht:

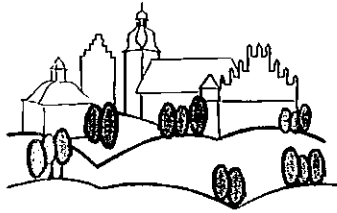
Es liegt ein Angebot einer externen Firma zur Untersuchung von möglichen Einsparpotentialen vor. Im Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen ist am 13.02.2007 das Thema erneut beraten worden. Zur nächsten Sitzung am 15.08.07 wird es eine Ergänzungsvorlage zur Beratung geben.

Finanzielle Auswirkungen:

Wird im Fachausschuss beschlossen.

Weiteres Vorgehen:

Es wird weiter berichtet.



Produktbereich/Betriebszweig:
11 Innere Verwaltung
Datum:
02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

42. Es ist regelmäßig zu prüfen, ob durch Maßnahmen des Personalmanagements der Gemeindeverwaltung Nottuln eine Personalreduzierung möglich ist.

Umsetzungsbericht:

Über die Veränderungen im Personalbereich wird mindestens einmal jährlich im Rahmen der Stellenplanberatungen berichtet. Vor jeder Nachbesetzung werden grundsätzlich folgende Fragen geklärt:

Können bisherige Aufgaben auf andere Mitarbeiter/innen übertragen werden?

Gibt es organisatorische Möglichkeiten, Personalkosten zu senken?

Können Aufgabenbereiche durch eine Interkommunale Zusammenarbeit kostengünstiger erledigt werden?

Kann der Stellenumfang reduziert werden?

Ist die Stellenwertigkeit noch gegeben? Muss ggfs. eine Neubewertung voran gestellt werden?

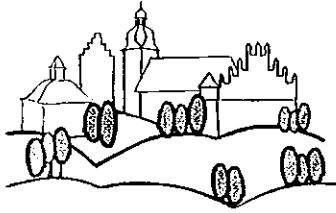
Ansatzpunkte für künftige Personalfluktuationen gibt der Frauenförderplan 2007. In den Anlagen 5 für die Gemeindeverwaltung und die Kommunalbetriebe werden im Jahr 2007 eine Person und im Jahr 2008 zwei Personen aus Altersgründen aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Unter der Rubrik sonstige Fluktuationsabschätzung wird eine weitere Person ausgewiesen, die im Jahr 2007 die Gemeindeverwaltung Nottuln verlassen wird. Nähere Angaben zu den Personen können nur in nichtöffentlichen Unterlagen/Sitzungen gegeben werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Können nur bezogen auf den Einzelfall beziffert werden.

Weiteres Vorgehen:

Der Fachbereich 1 berichtet zumindest jährlich im Rahmen der Stellenplanberatungen über die erfolgten personalwirtschaftlichen Maßnahmen.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

20.04.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

44. Die Gemeindeverwaltung bemüht sich um die Akquise von zusätzlichen Einnahmequellen.

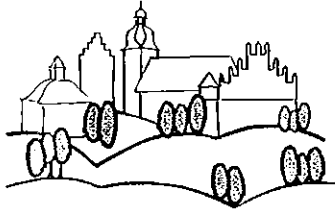
Umsetzungsbericht:

Die Möglichkeit der Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen wird verwaltungsseitig z. Zt. nicht gesehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Weiteres Vorgehen:

Es wird weiter berichtet.



Produktbereich/Betriebszweig:

11 Innere Verwaltung

Datum:

02.08.2007

Freiwilliges Konsolidierungsprogramm
zur Vermeidung eines HSK

Auftrag:

45. Die Verwaltung wird beauftragt, die bedarfsgerechte Nutzung aller gemeindlichen Gebäude zu untersuchen, mit dem Ziel der Ausgabenreduzierung in Bewirtschaftung und Unterhaltung der Gebäude.

Umsetzungsbericht:

Die bedarfsgerechte Nutzung von gemeindlichen Gebäuden wird laufend hinterfragt. Sobald ein Gebäude einer anderen Nutzung zugeführt oder veräußert werden kann, wird dies umgesetzt.

Hierzu siehe auch die Stellungnahmen in den Umsetzungsberichten zu den Punkten 7,19,26-30,34 und 43.

Finanzielle Auswirkungen:

Weiteres Vorgehen:

Dieser Punkt entfällt bei künftigen Berichten